Editorial

Autor(en): **P.F.**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **16 (1996)**

Heft 32

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

> Dass der Faschismus nachlebt; dass die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit nicht gelang, rührt daher, dass die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten.
>
> Th. W. Adorno, 1959

Die Äusserungen des Altbundespräsidenten und Volkswirtschaftsministers Jean Pascal Delamuraz, mit denen er auf die Forderung jüdischer Organisationen in den USA, in Israel und in der Schweiz nach einem Entschädigungsfonds für die Holocaust-Überlebenden reagiert hat, haben eine „aussenpolitische Krise" ausgelöst, die die selbstgerechteSchweiz wachgerüttelt hat, sich ihrer Geschichte während des Zweiten Weltkrieges neu zu stellen. In der *Tribune de Genève* vom 31.12.96 sagte Delamuraz in einem Gespräch: „Es gibt in Washington und in London Kreise, welchen es um nichts anderes geht als um die Zerstörung des Finanzplatzes Schweiz. (...) Ein solcher Fonds würde als Schuldeingeständnis angesehen werden. Die Forderung, die gegenüber Botschafter Borer erhoben wurde, beträgt 250 Millionen Franken. Das ist doch nichts anderes als eine Lösegeld-Erpressung." Und am gleichen Tag gab er in der Lausanner Zeitung *24 heures* zum selben Thema entrüstet von sich: „Manchmal, wenn ich einigen zuhöre, frage ich mich, ob Auschwitz in der Schweiz liegt."

Was die einen für eine „Fehlleistung", einen „ungemein gedanken- und instinktlosen Satz" (Adolf Muschg) hielten, war für Elan Steinberg vom Jüdischen Weltkongress eine „schockierende Gefühllosigkeit", für Avraham Burg von der Jewish Agency und Volcker-Kommission eine Beleidigung und Kränkung aller Juden. In einer „Erklärung" distanzierte sich der Gesamtbundesrat vom eskalierenden „Wortkrieg" und plädierte für die „historische Wahrheitsfindung", derweil die Schweizer Banken, inzwischen mit einer Boykottdrohung konfrontiert, in Israel vorgeführt wurden: „Schweizer Banken haben Milliarden Dollars von Juden gestohlen." (Ed Fagan, Facts 2/97). Am 15.1.97 „bereinigten" (NZZ) bundesrätliche Worte des Bedauerns die „Affäre Delamuraz" (Tages-Anzeiger).

Gravierend bleibt Delamuraz' Anspielung auf „Auschwitz". Mit „Auschwitz" hat die Geschichte vom nationalsozialistischen Terror und Schrecken, die Vernichtung der europäischen Juden, der gegenüber sich die Schweizer Behörden und Banken über fünfzig Jahre lang völlig schuldlos wähnten, den Bundesrat eingeholt. Delamuraz' Abwehrhaltung, den längst bekannten Verflechtungs- und Schuldzusammenhang der Schweizer Behörden und Banken während des Zweiten Weltkrieges zu leugnen statt ihn offensiv zu thematisieren, hat aber den Geschichtsrevisionisten in die Hände gespielt. Populistisch nahm er den arg in Misskredit geratenen Finanzplatz in Schutz – und machte die Opfer und Überlebenden der Shoa zu Tätern. Delamuraz geht es immer noch um die Bewahrung der Mythen „Neutralität" und „Sonderfall Schweiz", nicht um die Aufarbeitung der wirtschaftlichen Kol-

laboration mit Nazi-Deutschland, des „helvetischen Faschismus" (Hans U. Jost) und der rassistischen Flüchtlingspolitik der Schweiz, die in den Kriegsjahren weit mehr als 30 000 Flüchtlinge den Nazis ausgeliefert hat.

Hat Delamuraz im Interesse des Schweizer Finanzplatzes Antisemitismus kalkuliert in Kauf genommen? Der *Blick* jedenfalls startete danach enthemmt und ressentimentgeladen eine Umfrage: „In der Schweiz nehmen antisemitische/antijüdische Äusserungen zu. Sind die Juden selbst schuld daran?" Die in der Geschichte der Eidgenossenschaft stets präsente judenfeindliche Tradition hat im Antisemitismus *nach* Auschwitz neue Artikulationsfelder gefunden. „Der demokratische Antisemitismus", so Detlev Claussen im WIDERSPRUCH-Heft 18/1989, „verkleidet sich als verfolgte Meinung: 'Man wird doch noch einmal sagen dürfen ...' Der demokratische Antisemit suggeriert, er könne die Geschichte manipulieren, er selbst könne eine gegenseitige Reziprozität von Täter und Opfer souverän herstellen. Der demokratische Antisemitismus verspricht Souveränität, zumindest Meinung – ohne die qualvolle Anstrengung der Einsicht in den Schuldzusammenhang. Der demokratische Antisemit macht Auschwitz für sich ungeschehen; von dem professionellen Auschwitzleugner unterscheidet er sich nur graduell."

Zehn Jahre nach dem „Historikerstreit" von 1986 und nach der Goldhagen-Kontroverse 1996 in Deutschland ist hierzulande eine öffentliche Geschichtsdebatte über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit in Gang gekommen. Dabei wird es über den Antisemitismus hinaus auch um Auseinandersetzungen mit restaurativem und fundamentalistischem Geschichtsdenken, mit nationalistischen, rassistischen und eurozentristischen Identitätskonzepten in der Politik gehen.

16.1.97 P.F.

In eigener Sache: Seit 1993 sind die Produktionskosten (Satz und Druck) gestiegen, ebenso die Postgebühren in der Schweiz und im Ausland. Dies zwingt die Redaktion, den Preis für das WIDERSPRUCH-Einzelheft im Einzelverkauf (Buchhandel und Selbstvertrieb) ab sofort von 18 auf 20 Franken zu erhöhen. Der Preis des Einzelhefts in Deutschland bleibt vorerst bei 20 DM; ebenso bleibt der Abonnementspreis für die Heftnummern 31 und 32 im Jahresabonnement 1996 bei Fr. 32 / DM 36 (inkl. Porto und Versand). Der Abonnementspreis wird ab Jahresabonnement 1997 ebenfalls leicht erhöht werden müssen. Zu entschuldigen hat sich die Redaktion bei den Abonnentinnen und Abonnenten für die verspätete Auslieferung von Heft 32.

Den Mitgliedern des Fördervereins WIDERSPRUCH sowie den Spenderinnen und Spendern danken wir für ihre finanzielle Unterstützung. Ein ganz besonderer Dank geht an die Migros-Kulturkommission, an die Gewerkschaft Bau & Industrie und an die Gewerkschaft Druck und Papier. Das von ihnen unterstützte Heft 31 „Globalisierung – Arbeit und Ökologie" hat in der Presse ein erfreuliches Echo gefunden und liegt in einer Zweitauflage vor.

Die Red.